

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 29. April 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande (Gesetz zu dem deutsch-niederländischen Vertrag vom 29. April 2003 über den Flughafen Niederrhein)

A. Problem und Ziel

Mit dem am 29. April 2003 unterzeichneten deutsch-niederländischen Vertrag über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande soll es der Bundesrepublik Deutschland gestattet werden, die Durchführung der Flugverkehrskontrolle für den An- und Abflug zum und vom Flughafen Niederrhein nach Maßgabe des niederländischen Rechts und den Sonderbestimmungen des Vertrages in einem Teil des niederländischen Luftraumes vorzunehmen. Die Flugverkehrskontrolle für den An- und Abflug auf niederländischem Hoheitsgebiet erfolgt aus betrieblichen Gründen, um die Einheitlichkeit und damit auch die Sicherheit des Luftverkehrs am wirtschaftlichsten zu gewährleisten. Da der Vertrag nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts seit dem 1. Mai 2003 vorläufig angewendet wird und dieser Zeitraum der vorläufigen Anwendbarkeit möglichst eng gehalten werden soll, ist ein beschleunigtes Gesetzgebungsvorhaben vorgesehen.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vorgesehene Voraussetzung für die Ratifizierung des Vertrages vom 29. April 2003 geschaffen werden.

Fristablauf: 26. 09. 03

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG.

Druck:

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 40, Telefax: (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0720-2946

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

15. 08. 03

Vk

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 29. April 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung
der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes
des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs
der Niederlande (Gesetz zu dem deutsch-niederländischen Vertrag
vom 29. April 2003 über den Flughafen Niederrhein)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 15. August 2003

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. April 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrheinauf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande (Gesetz zu dem deutsch-niederländischen Vertrag vom 29. April 2003 über den Flughafen Niederrhein)

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist besonders eilbedürftig, weil der Vertrag bereits seit dem 1. Mai 2003 vorläufig angewendet wird und die Bundesregierung sich im Protokoll zum Vertrag bereit erklärt hat, ein beschleunigtes Ratifizierungsverfahren einzuleiten, um den Zeitraum der vorläufigen Anwendung möglichst gering zu halten.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Gerhard Schröder

Fristablauf: 26. 09. 03

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG.

Entwurf**Gesetz
zu dem Vertrag vom 29. April 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande
(Gesetz zu dem deutsch-niederländischen Vertrag
vom 29. April 2003 über den Flughafen Niederrhein)****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 29. April 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Der Vertrag und das dazugehörige Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ermächtigt, Änderungen des Luftraumplans nach Artikel 1 Abs. 2 Satz 1 und Änderungen der Fluglärmzone nach Artikel 7 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages auf der Grundlage der Empfehlung der Gemeinsamen Luftverkehrskommission nach den Artikeln 9 und 15 Satz 2 durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Durch dieses Gesetz werden die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Vertrages vom 29. April 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande geschaffen.

Mit dem deutsch-niederländischen Vertrag wird es der Bundesrepublik Deutschland gestattet, die Flugverkehrskontrolle über niederländischem Hoheitsgebiet auszuüben, was aus betrieblichen Gründen für eine sichere Durchführung des An- und Abfluges zum und vom Flughafen Niederrhein erforderlich ist. Der Vertrag wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts seit dem 1. Mai 2003 vorläufig angewendet.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Artikel 2 ermächtigt das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zum Erlass von Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates für die Änderung des Luftraumplans nach Artikel 1 Abs. 2 Satz 1 und Änderungen der Fluglärmzone nach Artikel 7 Abs. 1 Satz 2 des deutsch-niederländischen Vertrages vom 29. April 2003. Der in Artikel 1 Abs. 2 Satz 1 des deutsch-niederländischen Vertrages genannte Luftraumplan legt die genauen Grenzen fest, in denen die Flugverkehrskontrolle durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Für eine sichere und wirtschaftliche Durchführung der Flugverkehrskontrolle kann es unter Umständen erforderlich werden, dass die Koordinaten innerhalb der Grenzen des in Artikel 1 Abs. 2 Satz 1 genannten Luftraums geändert werden. Diese Notwendigkeit wird zunächst durch die gemeinsame Luftverkehrskommission nach den Artikeln 9 und 15 Satz 2 des deutsch-niederländischen Vertrages identifiziert und den Vertragsstaaten empfohlen. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen kann dann auf dieser Grundlage den Luftraumplan auf dem Verordnungswege kurzfristig den Bedürfnissen der Flugverkehrskontrolle entsprechend anpassen. Die Flexibilität ist für die Durchführung der Flugverkehrskontrolle notwendig, um die Abwicklung des Luftverkehrs entsprechend geänderter Voraussetzungen sicherstellen zu können. Das gleiche Verfahren gilt für die Änderung der Fluglärmzone. Änderungen an dem Betrieb des Flughafens Niederrhein könnten eine Änderung der Fluglärmzonen erforderlich machen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach Artikel 16 Abs. 2 des deutsch-niederländischen Vertrages vom 29. April 2003 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet und die Auswirkungen
des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland
boven Nederlands grondgebied alsmede de gevolgen
van het burgergebruik van Luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden –

Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, zur Unterzeichnung aufgelegt in Chicago am 7. Dezember 1944,

Partij zijnde bij het Verdrag inzake de internationale burgerluchtvaart, opengesteld voor ondertekening te Chicago op 7 december 1944,

unter Beachtung der jeweiligen nationalen Luftverkehrsvorschriften,

Met inachtneming van de toepasselijke nationale luchtverkeersvoorschriften,

in der Absicht, ihre zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Luftverkehrs weiter vertrauensvoll auszudehnen und zu vertiefen,

Voornemens hun bilaterale samenwerking op het gebied van het luchtverkeer opnieuw vol vertrouwen uit te breiden en te intensiveren,

im Interesse der Entwicklung der internationalen Luftfahrt und der Abwehr von Gefahren für die Luftfahrt und die Allgemeinheit,

Ten behoeve van de ontwikkeling van de internationale luchtvaart en het afwenden van gevaren voor de luchtvaart en de gemeenschap,

in dem Wunsch, die sichere Durchführung des internationalen Flugbetriebs über die gemeinsamen nationalen Grenzen hinweg im Interesse der Luftraumnutzer und ihrer Fluggäste zu erleichtern,

Geleid door de wens de veilige afwikkeling van het internationale vliegverkeer over hun gemeenschappelijke landsgrenzen heen ten behoeve van de gebruikers van het luchtruim en hun passagiers te vergemakkelijken,

in dem Wunsch, Mensch, Natur und Umwelt in den Grenzregionen möglichst umfassend gegen ungewünschte Auswirkungen des grenzüberschreitenden Luftverkehrs zu schützen,

Geleid door de wens mens, natuur en milieu in de grensstreken zo volledig mogelijk tegen de ongewenste gevolgen van het grensoverschrijdende luchtverkeer te beschermen,

im Hinblick auf die institutionelle Strategie der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) für das Flugverkehrsmanagement (ATM) in Europa und auf das Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“, das am 27. Juni 1997 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde (revidiertes Übereinkommen) –

Gelet op de institutionele strategie van de Europese Conferentie voor de Burgerluchtvaart ten behoeve van air traffic management (ATM) in Europa en op het Protocol tot wijziging van het Internationaal Verdrag tot samenwerking in het belang van de veiligheid van de luchtvaart (Eurocontrol), dat op 27 juni 1997 werd opengesteld voor ondertekening (het herziene Verdrag);

sind wie folgt übereingekommen:

Zijn het volgende overeengekomen:

I. Kapitel
Flugverkehrskontrolle

Hoofdstuk I
Luchtverkeersleiding

Artikel 1

Ausübung der Flugverkehrskontrolle

Artikel 1

Uitoefening van luchtverkeersleiding

(1) Das Königreich der Niederlande gestattet der Bundesrepublik Deutschland die Abwicklung des Luftverkehrs nach Maßga-

(1) Het Koninkrijk der Nederlanden verleent de Bondsrepubliek Duitsland toestemming voor afwikkeling van het luchtverkeer

be des niederländischen Rechts und der besonderen Bestimmungen dieses Vertrages in einem Teil des niederländischen Luftraums. Die Bundesrepublik Deutschland führt die Flugverkehrskontrolle (Flugverkehrskontrolldienst, Fluginformationsdienst, Flugverkehrsberatungsdienst, Flugalarmdienst) im genannten Luftraum durch. Das Königreich der Niederlande erkennt die zu diesem Zweck von der Bundesrepublik Deutschland gemäß Satz 1 vorgenommenen Kontrollmaßnahmen zur Durchführung der Flugverkehrskontrolle an.

(2) Die Vertragsparteien legen die genauen vertikalen und lateralen Ausdehnungen innerhalb des in Absatz 1 Satz 1 genannten Luftraums nach der in Anlage 1 festgelegten Aufteilung des Luftraumes fest. Die Aufgaben nach Absatz 1 werden von einem durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragten Flugsicherungsunternehmen durchgeführt. Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Vertrag bleiben davon unberührt.

(3) Die operationell notwendigen Einzelheiten werden zwischen den mit der Durchführung der Flugsicherung beauftragten Stellen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande im Rahmen von Letters of Agreement geregelt. Dies gilt auch hinsichtlich der An- und Abflugverfahren zum und vom Flughafen Niederrhein, soweit diese über niederländisches Hoheitsgebiet führen.

Artikel 2

Militärische Flüge

Flüge der niederländischen Luftwaffe und der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) müssen in den betroffenen Lufträumen jederzeit lagegerecht und mit dem vorgesehenen Vorrang durchgeführt werden können. Solche Flüge werden der Bundesrepublik Deutschland, wenn immer möglich, rechtzeitig bekannt gegeben.

Artikel 3

Haftung

(1) Verschulden die Stelle, die die Flugsicherung nach diesem Vertrag durchführt oder ihre Bediensteten Schäden an Personen, Sachen oder Rechten, die durch Einwirkung des Luftverkehrs im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande eingetreten sind, so haftet hierfür das Königreich der Niederlande nach Maßgabe der Vorschriften, nach denen sich seine Haftung für das eigene Flugsicherungsunternehmen bestimmt.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Königreich der Niederlande alle erforderlichen Aufwendungen und alle Schäden ersetzen, die dem Königreich der Niederlande im Zusammenhang mit der Erledigung der Ansprüche gemäß Absatz 1 erwachsen.

(3) Den Geschädigten steht kein direkter Anspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland, die von ihr beauftragte Flugsicherungsstelle und deren Bedienstete zu.

(4) Das Königreich der Niederlande hat, wenn gegen es ein Anspruch aufgrund Absatz 1 geltend gemacht wird, die Bundesrepublik Deutschland unverzüglich in Kenntnis zu setzen und sie im Falle einer gerichtlichen Geltendmachung auch hierüber zu unterrichten.

(5) Das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, sich gegenseitig die für die Bearbeitung des Schadensfalls sachdienlichen Informationen und Beweismittel zur Verfügung zu stellen.

(6) Im Falle der Inanspruchnahme des Königreichs der Niederlande gemäß Absatz 1 stehen der Bundesrepublik Deutschland die Mitwirkungsrechte nach Maßgabe des anwendbaren Prozessrechtes des Königreichs der Niederlande zu. Das Königreich der Niederlande wird der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare Mitwirkungsrechte beim Abschluss oder der Ablehnung eines außergerichtlichen Vertrages einräumen.

met inachtneming van het Nederlandse recht en de bijzondere bepalingen van dit Verdrag in een deel van het Nederlandse luchtruim. De Bondsrepubliek Duitsland voert de luchtverkeersdienstverlening (luchtverkeersleiding, vluchtinformatieverstrekking, luchtverkeersadvisering, alarmeringsdienst) uit in genoemd luchtruim. Het Koninkrijk der Nederlanden stemt daartoe in met de door de Bondsrepubliek Duitsland op grond van de eerste volzin getroffen maatregelen voor de uitvoering van de luchtverkeersleiding.

(2) De Verdragsluitende Partijen leggen de precieze verticale en laterale uitbreidingen binnen het in het eerste lid, in de eerste volzin genoemde luchtruim vast in de in bijlage 1 opgenomen indeling van het luchtruim. De taken uit hoofde van het eerste lid worden door een door de regering van de Bondsrepubliek Duitsland aangewezen Air Traffic Service-instantie (verkeersleidingsdienst, ATS) uitgevoerd. Dit laat de verplichtingen van de Bondsrepubliek Duitsland uit hoofde van dit Verdrag onverlet.

(3) De benodigde operationele details worden tussen de met de uitvoering van ATS belaste autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden geregeld in het kader van Letters of Agreement. Dit geldt ook voor de procedures inzake vluchten van en naar Luchthaven Niederrhein, voor zover deze voeren over Nederlands grondgebied.

Artikel 2

Militaire vluchten

Vluchten van de Nederlandse Luchtmacht en de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie (NAVO) moeten in de desbetreffende luchtruimen naar gelang de omstandigheden en volgens de voorangsregels te allen tijde uitgevoerd kunnen worden. Wanneer mogelijk wordt de Bondsrepubliek Duitsland tijdig in kennis gesteld van dergelijke vluchten.

Artikel 3

Aansprakelijkheid

(1) Indien de instantie die belast is met de uitvoering van ATS, dan wel haar functionarissen, uit hoofde van dit Verdrag aansprakelijk zijn voor schade aan personen, zaken of rechten die als gevolg van het luchtverkeer op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is ontstaan, is het Koninkrijk der Nederlanden hiervoor aansprakelijk met inachtneming van de voorschriften die zijn aansprakelijkheid voor de eigen ATS-instanties bepalen.

(2) De Bondsrepubliek Duitsland stelt het Koninkrijk der Nederlanden schadeloos voor alle noodzakelijke kosten en alle schade die het Koninkrijk der Nederlanden in verband met de afwikkeling van de vorderingen overeenkomstig het eerste lid maakt of lijdt.

(3) De gedupeerden kunnen geen directe vordering instellen tegen de Bondsrepubliek Duitsland, de door haar aangewezen ATS-instantie en de functionarissen ervan.

(4) Wanneer tegen het Koninkrijk der Nederlanden een vordering overeenkomstig het eerste lid wordt ingesteld, dient het de Bondsrepubliek Duitsland hiervan onverwijld in kennis te stellen en daartoe is zij eveneens verplicht in het geval van een gerechtelijke vordering.

(5) Het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland zijn verplicht elkaar relevante inlichtingen en bewijsmiddelen ter beschikking te stellen voor de behandeling van schadegevallen.

(6) Wanneer tegen het Koninkrijk der Nederlanden overeenkomstig het eerste lid een vordering wordt ingesteld, heeft de Bondsrepubliek Duitsland met in achtneming van het toepasselijke procesrecht van het Koninkrijk der Nederlanden het recht zich in de zaak te voegen. Het Koninkrijk der Nederlanden kent de Bondsrepubliek Duitsland bij het sluiten of afwijzen van een extra-judiciële overeenkomst vergelijkbare voegingsrechten toe.

(7) Das Königreich der Niederlande hat die Bundesrepublik Deutschland von der Erledigung des Anspruchs in Kenntnis zu setzen; Abschriften der Entscheidung, des Vergleiches oder der sonst zur Erledigung führenden Verfügungen sind beizufügen.

(8) Zur Entscheidung von Streitigkeiten über Ansprüche nach Absatz 1 sind ausschließlich die Gerichte des Königreichs der Niederlande zuständig.

Artikel 4

Amts- und Rechtshilfe

(1) Für die mit der Durchführung der Flugverkehrskontrolle über niederländischem Hoheitsgebiet verbundenen Arbeitsbereiche stellen die Vertragsparteien die gegenseitige und zeitige Gewährung sachdienlicher Informationen und Mitteilungen sicher und gewährleisten den regelmäßigen Austausch der Informationen zwischen den betroffenen Betriebsstellen der Vertragsparteien. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande die Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Aufklärung über den Luftverkehr, der niederländisches Hoheitsgebiet unter deutscher Flugverkehrskontrolle ohne Einschaltung der niederländischen für die Flugsicherung zuständigen Behörde überflogen hat, erforderlich sind.

(2) Die Bediensteten des von der Bundesrepublik Deutschland beauftragten Flugsicherungsunternehmens bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere disziplinarrechtlicher, haftungsrechtlicher und strafrechtlicher Hinsicht den deutschen Vorschriften unterworfen.

(3) Die Bestimmungen über die Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

Artikel 5

Flugunfalluntersuchung

Die Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, dass die für Flugunfalluntersuchungen zuständige niederländische Behörde über sämtliche Flugunfälle und Störungen nach Maßgabe der niederländischen Gesetzgebung unterrichtet wird, soweit sie über niederländischem Hoheitsgebiet festgestellt werden. Sie stellt die notwendigen Unterlagen zur Untersuchung bereit. Sie gestattet den Vertretern der zuständigen Behörde, ihre Räume zu betreten, Einsicht in die einschlägigen Unterlagen (Untersuchungsberichte, Radardatenaufzeichnungen, Tonbänder und so weiter) zu nehmen und überlässt sie im erforderlichen Umfang zur Auswertung für die dazu erforderliche Dauer. Der Bundesrepublik Deutschland ist Gelegenheit zu geben, Beobachter zur Untersuchung zu bezeichnen. Sie wird über die Ergebnisse der Untersuchung unterrichtet.

II. Kapitel

Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf niederländisches Hoheitsgebiet

Artikel 6

An- und Abflugverkehr zum und vom Flughafen Niederrhein

(1) Der An- und Abflugverkehr über niederländisches Hoheitsgebiet zum und vom Flughafen Niederrhein wird grundsätzlich nur für die Ortszeit von 06:00 Uhr bis 23:00 Uhr gestattet. Dies gilt nicht für

- a) Luftfahrzeuge, die sich in einer Notsituation befinden oder im Rahmen einer Rettungsaktion oder Hilfsaktion eingesetzt werden;
- b) Landungen von regelmäßigen Flügen zwischen 23:00 Uhr und 24:00 Uhr Ortszeit, die planmäßig vor 23:00 Uhr Ortszeit hätten ankommen sollen, sofern unerwartete Umstände mit

(7) Het Koninkrijk der Nederlanden zal de Bondsrepubliek Duitsland in kennis stellen van de afwikkeling van de vordering; de kennisgeving gaat vergezeld van afschriften van de uitspraak, schikking of andere beschikkingen die leiden tot afwikkeling.

(8) Uitsluitend de rechterlijke instanties van het Koninkrijk der Nederlanden zijn bevoegd te beslissen over geschillen inzake vorderingen uit hoofde van het eerste lid.

Artikel 4

Bijstand

(1) Ten behoeve van de met de uitvoering van luchtverkeersdienstverlening boven het Nederlandse grondgebied verbonden werkerreinen waarborgen de Verdragsluitende Partijen de wederzijdse en tijdige verstrekking van relevante inlichtingen en mededelingen alsmede de regelmatige uitwisseling van inlichtingen tussen de betrokken autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen. De Bondsrepubliek Duitsland verplicht zich in het bijzonder aan het Koninkrijk der Nederlanden de gegevens ter beschikking te stellen die nodig zijn als toelichting op het luchtverkeer dat onder de Duitse luchtverkeersleiding zonder inschakeling van de Nederlandse autoriteit die verantwoordelijk is voor ATS heeft plaatsgevonden boven het Nederlandse grondgebied.

(2) Op de functionarissen van de door de Bondsrepubliek Duitsland aangewezen ATS-instantie van de Bondsrepubliek Duitsland blijft de Duitse regelgeving inzake arbeidsrecht, in het bijzonder tuchtrecht, aansprakelijkheidsrecht en strafrecht, van toepassing.

(3) De bepalingen inzake rechtshulp in strafzaken blijven onverminderd van kracht.

Artikel 5

Vliegtuigongevalonderzoek

De Bondsrepubliek Duitsland verzekert dat de Nederlandse autoriteit die belast is met het onderzoeken van vliegtuigongevallen met inachtneming van de Nederlandse wetgeving ingelicht wordt over alle vliegtuigongevallen en storingen, voor zover zij zijn vastgesteld boven het Nederlandse grondgebied. De Bondsrepubliek Duitsland stelt de benodigde documenten ter beschikking voor het onderzoek. Zij staat vertegenwoordigers van de bevoegde autoriteit toe haar ruimten te betreden, de desbetreffende documenten (onderzoeksrapporten, geregistreerde radargegevens, geluidsbanden en dergelijke) in te zien en stelt ze voor zover en zo lang als nodig voor analyse ter beschikking. De Bondsrepubliek Duitsland wordt in de gelegenheid gesteld waarnemers voor het onderzoek aan te wijzen. Zij wordt in kennis gesteld van de uitkomsten van het onderzoek.

Hoofdstuk II

De gevolgen van het burgergebruik van de Luchthaven Niederrhein op het Nederlandse grondgebied

Artikel 6

Verkeer van en naar Luchthaven Niederrhein

(1) Luchtverkeer van en naar Luchthaven Niederrhein boven Nederlands grondgebied is in principe alleen in de periode van 06:00 uur tot 23:00 uur plaatselijke tijd toegestaan. Dit geldt niet voor:

- a) luchtvaartuigen die in nood verkeren of ten behoeve van reddingsacties of hulpverlening worden ingezet;
- b) het uitvoeren van landingen tussen 23:00 uur en 24:00 uur plaatselijke tijd van geregelde vluchten die volgens schema eerder dan 23:00 uur plaatselijke tijd hadden moeten arriveren.

verzögernder Wirkung eingetreten sind, die zum Zeitpunkt des Abflugs normalerweise nicht vorherzusehen waren;

c) Starts von regelmäßigen Flügen zwischen 23:00 Uhr und 24:00 Uhr Ortszeit, die planmäßig vor 23:00 Uhr Ortszeit hätten abfliegen sollen, sofern

- technische Störungen des Luftfahrzeuges oder der luftfahrttechnischen Grundausstattung oder
- extreme meteorologische Verhältnisse gegeben sind, die eine Verzögerung des planmäßigen Starts rechtfertigen.

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben a, b und c aufgeführten Flüge werden ausnahmslos der Fluglärmkommission gemäß Artikel 7 Absatz 3 zur Kenntnis gebracht.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen der nach deutschem Recht bestehenden Möglichkeiten durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, dass geschlossene Siedlungen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande in geringerer als der flugbetrieblich erforderlichen Höhe nicht überflogen werden und dass der Betrieb von Verkehrsanlagen und Verkehrsmitteln durch Luftfahrzeuge nicht beeinträchtigt wird.

(4) Platzrundenflüge nach Sichtflugregeln und Übungsflüge über niederländischem Hoheitsgebiet sind nicht gestattet.

Artikel 7

Umwelt- und Sicherheitsangelegenheiten, Bau- und Betriebsverfahren

(1) Grenzüberschreitende Umweltauswirkungen und Sicherheitsrisiken durch den Betrieb des Flughafens werden entsprechend den im Königreich der Niederlande geltenden Berechnungsmethoden ermittelt und nach dem niederländischen Recht beurteilt. Die in Anlage 2 zu diesem Vertrag aufgenommene Fluglärmzone (mit 35 und 40 Kosteneinheiten) darf beim Betrieb des Flughafens Niederrhein nur im Einvernehmen beider Vertragsparteien überschritten werden.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland trifft in Bezug auf den Betreiber des Flughafens Niederrhein derartige Maßnahmen, dass bei der Nutzung des Flughafens keine grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen und Sicherheitsrisiken auftreten, die die Vorschriften im Sinne des ersten Absatzes überschreiten würden.

(3) Für den Flughafen Niederrhein wird eine Fluglärmkommission nach § 32b des Luftverkehrsgesetzes vom 27. März 1999 (Bundesgesetzblatt I, Seite 550) mit mindestens einem Vertreter der niederländischen Grenzregion gebildet.

(4) Änderungen an Anlage oder Betrieb des Flughafens Niederrhein, die eine Erhöhung der Umweltauswirkungen oder der Sicherheitsrisiken zur Folge haben, werden nach den deutschen Verfahrensvorschriften und den einschlägigen Regelungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts behandelt, wobei die im Königreich der Niederlande ansässigen betroffenen natürlichen und juristischen Personen die gleichen Verfahrensrechte haben wie die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen natürlichen und juristischen Personen. Führt eine Änderung zum Überschreiten der in Absatz 1 genannten Fluglärmzonen, erfolgt im Einvernehmen beider Vertragsparteien die Festsetzung einer neuen Fluglärmzone. Hierzu wird ein Umweltverträglichkeitsverfahren durchgeführt. Die notwendigen Untersuchungen sind nach Vorgaben der niederländischen Behörden im Auftrag des Flughafenbetreibers durchzuführen.

(5) Für den Flughafen Niederrhein ist von der Flughafen Niederrhein GmbH ein Alarmplan zu erstellen. Dieser wird mit den verantwortlichen Behörden abgestimmt. Die zuständigen örtlichen Behörden unterstützen sich gegenseitig. Der Alarmplan soll auch gemeinsame Alarmübungen regeln.

(6) Die Anordnung und die Genehmigung von Einzelmaßnahmen, insbesondere über die Anbringung und die Unterhaltung von Hinderniskennzeichnungen, ergehen durch die örtlich

en, voor zover sprake is van onverwachte vertragende omstandigheden, die op het moment van vertrek redelijkerwijs niet voorzien hadden kunnen worden;

c) het uitvoeren van starts tussen 23:00 uur en 24:00 uur plaatselijke tijd van geregelde vluchten die volgens schema eerder dan 23:00 uur plaatselijke tijd hadden moeten vertrekken, voor zover sprake is van:

- een technische storing van het luchtvaartuig, dan wel van de luchtvaarttechnische gronduitrusting of
- extreme meteorologische omstandigheden, die een vertraging van de start volgens dat schema rechtvaardigen.

(2) De in het eerste lid onder a, b of c bedoelde vluchten worden zonder uitzondering gemeld aan de Geluidscommissie bedoeld in artikel 7, derde lid.

(3) De Bondsrepubliek Duitsland zal binnen de mogelijkheden van het Duitse recht door geëigende maatregelen er voor zorgen dat er boven aaneengesloten woonbebouwing op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden niet lager gevlogen wordt dan om vliegtechnische redenen noodzakelijk is en dat het gebruik van verkeersinstallaties en verkeersmiddelen niet gestoord wordt door vliegtuigen.

(4) Zichtvliegcircuits en oefenvluchten zijn niet toegestaan boven Nederlands grondgebied.

Artikel 7

Milieu- en veiligheidszaken, bouw- en exploitatieprocedures

(1) Grensoverschrijdende gevolgen voor milieu en veiligheid samenhangend met het gebruik van Luchthaven Niederrhein worden volgens de in het Koninkrijk der Nederlanden geldende berekeningsmethoden vastgesteld en naar Nederlands recht beoordeeld. De in de bijlage 2 bij dit Verdrag opgenomen geluidszone (met 35 en 40 KE) mag door het gebruik van Luchthaven Niederrhein niet overschreden worden dan met wederzijds goedvinden van de Verdragsluitende Partijen.

(2) De Bondsrepubliek Duitsland treft ten aanzien van de exploitant van Luchthaven Niederrhein zodanige maatregelen dat bij het gebruik van de luchthaven geen grensoverschrijdende gevolgen voor milieu en veiligheid optreden waarmee de in het eerste lid bedoelde voorschriften worden overschreden.

(3) Voor Luchthaven Niederrhein wordt een Geluidscommissie ex § 32b van het Luftverkehrsgesetz van 27 maart 1999 (Bundesgesetzblatt I, pagina 550) ingesteld met ten minste een vertegenwoordiger van de Nederlandse grensregio.

(4) Veranderingen in de inrichting of exploitatie van Luchthaven Niederrhein die een toename van de milieugevolgen of de veiligheidsrisico's tot gevolg hebben, worden behandeld naar Duitse procedurele voorschriften en de desbetreffende regelingen van het Europese recht, waarbij in het Koninkrijk der Nederlanden ingezetene natuurlijke personen en rechtspersonen dezelfde procedurele rechten hebben als natuurlijke personen en rechtspersonen die ingezetene zijn van de Bondsrepubliek Duitsland. Ingeval een dergelijke verandering zal leiden tot het overschrijden van de in het eerste lid bedoelde geluidszone zal hiervoor met wederzijds goedvinden van de Verdragsluitende Partijen een nieuwe geluidszone worden vastgesteld. Hiervoor zal de procedure van de milieueffectrapportage worden doorlopen. De benodigde onderzoeken worden naar opgave van de Nederlandse autoriteiten uitgevoerd in opdracht van de luchthavenexploitant.

(5) Flughafen Niederrhein GmbH zal voor Luchthaven Niederrhein een rampenplan opstellen. Dit vindt plaats in overleg met de verantwoordelijke autoriteiten. De bevoegde lokale autoriteiten verlenen elkaar bijstand. Het rampenplan voorziet ook in gemeenschappelijke rampenoefeningen.

(6) Het gelasten en goedkeuren van afzonderlijke maatregelen, in het bijzonder betreffende plaatsing en onderhoud van obstakelmarkeringen, verloopt via de lokaal bevoegde luchtvaartauto-

zuständigen Luftfahrtbehörden nach unmittelbarer Kontaktaufnahme mit der zuständigen Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei. Das Königreich der Niederlande regelt die Einhaltung der Hindernisfreiheit nach den ICAO-Vorschriften für den zivilen Flugbetrieb auf seinem Hoheitsgebiet.

riteiten nadat rechtstreeks contact is opgenomen met de bevoegde luchtvaartautoriteit van de andere Verdragsluitende Partij. Het Koninkrijk der Nederlanden ziet erop toe dat de obstakelvrijheid volgens de ICAO-voorschriften voor de burgerluchtvaart op zijn grondgebied wordt geëerbiedigd.

III. Kapitel Übrige Bestimmungen

Hoofdstuk III Overige bepalingen

Artikel 8

Schutz personenbezogener Daten

(1) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständige Stelle übermittelt werden. Die Verwendung der auf Grund dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für den im Vertrag bezeichneten Zweck, der Flugverkehrskontrolle, für den die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die weitere Übermittlung an andere Stellen und die Verwendung für andere Zwecke dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen. Die Verwendung personenbezogener Daten ist darüber hinaus zulässig:

- a) für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach diesem Vertrag übermittelt werden dürfen,
- b) zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie
- c) zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf ihr Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse. Im Übrigen gelten für jede Vertragspartei die jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

(2) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

(3) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

(4) Wird jemand infolge der Datenübermittlung nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

(5) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist die übermit-

Artikel 8

Bescherming van persoonsgegevens

(1) Persoonsgegevens mogen alleen aan de bevoegde instantie worden doorgegeven. Het gebruik van de op grond van dit Verdrag verstrekte gegevens is alleen toegestaan voor het in dit Verdrag omschreven doel waarvoor de gegevens zijn verstrekt, c.q. luchtverkeersleiding, en alleen onder de door de instantie die ze heeft verstrekt voor het desbetreffende geval vooraf gestelde voorwaarden. Persoonsgegevens mogen vervolgens alleen aan andere instanties worden doorgegeven en voor andere doeleinden worden gebruikt met voorafgaande toestemming van de instantie die ze heeft doorgegeven. Verstrekking van persoonsgegevens is voorts toegestaan:

- a. voor doeleinden waarvoor de gegevens eveneens overeenkomstig dit Verdrag mogen worden doorgegeven,
- b. ter voorkoming en vervolging van ernstige strafbare feiten, alsmede
- c. ter bestrijding van grote gevaren voor de openbare veiligheid.

De ontvanger stelt de instantie die de gegevens verstrekt op haar verzoek in kennis van het gebruik van de verstrekte gegevens en de daarmee bereikte resultaten. Voor het overige gelden voor elke Verdragsluitende Partij de desbetreffende nationale rechtsvoorschriften.

(2) De instantie die de gegevens verstrekt is verplicht de juistheid van de te verstrekken gegevens te controleren en te letten op de noodzaak en de evenredigheid met betrekking tot het met de verstrekking beoogde doel. Daarbij worden de naar het desbetreffende nationale recht geldende verboden tot het verstrekken van gegevens geëerbiedigd. Indien blijkt dat onjuiste gegevens of gegevens die niet hadden mogen worden verstrekt doorgegeven zijn, wordt de ontvanger hiervan onverwijld in kennis gesteld. De ontvanger is alsdan verplicht onverwijld de gegevens te corrigeren of te vernietigen.

(3) De betrokken persoon wordt op verzoek over de met betrekking tot zijn persoon verstrekte gegevens alsmede over het beoogde doel ervan ingelicht. Er bestaat geen verplichting tot het verstrekken van gegevens, indien bij afweging blijkt dat het algemeen belang de gegevens niet te verstrekken zwaarder weegt dan het belang van de betrokkene bij het ontvangen van deze gegevens. Voor het overige richt het recht van de betrokkene over de met betrekking tot zijn persoon aanwezige gegevens te worden ingelicht zich naar het nationale recht van de Verdragsluitende Partij op het grondgebied waarvan om gegevens wordt verzocht.

(4) Indien iemand als gevolg van het verstrekken van gegevens uit hoofde van dit Verdrag in strijd met de wet wordt benadeeld, is de ontvangende instantie met inachtneming van haar nationale recht jegens hem aansprakelijk. Deze instantie kan zich er ten aanzien van de benadeelde niet te harer ontlasting op beroepen dat de schade door de verstrekkende instantie is veroorzaakt. Indien de ontvangende instantie schadevergoeding betaalt vanwege schade die is veroorzaakt door de toepassing van onjuist verstrekte gegevens, vergoedt de verstrekkende instantie het volledige bedrag van de betaalde vergoeding.

(5) Indien het voor de verstrekkende instantie geldende nationale recht met betrekking tot de verstrekte persoonsgegevens voorziet in bijzondere voorschriften inzake vernietiging, dan stelt

telnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten unverzüglich zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

(6) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

(7) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

Gemeinsame Luftverkehrskommission

(1) Die Vertragsparteien bilden eine Gemeinsame Luftverkehrskommission, die in regelmäßigen Abständen, mindestens einmal jährlich, zusammentritt. Auf Antrag einer Vertragspartei wird die Gemeinsame Luftverkehrskommission auch außerordentlich einberufen. Die Gemeinsame Luftverkehrskommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Jede Vertragspartei bestellt drei Mitglieder, die weitere Sachverständige hinzuziehen können.

(3) Die Gemeinsame Luftverkehrskommission behandelt jede Frage, die sich aus der Auslegung und der Anwendung dieses Vertrages ergibt. Sie begleitet die Umsetzung und die Einhaltung der Bestimmungen des Vertrages und nimmt insbesondere die ihr nach diesem Vertrag zugewiesenen Aufgaben wahr.

Artikel 10

Konsultationen

(1) Zur Erörterung von Änderungen dieses Vertrages kann eine Vertragspartei, nachdem sich die Gemeinsame Luftverkehrskommission nach Artikel 9 damit befasst hat, jederzeit eine Konsultation verlangen. Das gilt auch für Erörterungen über die Auslegung und die Anwendung des Vertrages, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 9 dieses Vertrages kein zufrieden stellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultation beginnt binnen 30 Tagen nach Eingang des Verlangens bei der jeweils anderen Vertragspartei.

(2) Eine Konsultation kann auf Verlangen einer Vertragspartei auch dann einberufen werden, wenn die Genehmigung des Flughafens Niederrhein geändert oder ergänzt werden soll, sofern dadurch die Belange von Raumplanung, Landesplanung und Fluglärm betroffen sein können. Die Bundesrepublik Deutschland wird in diesen Fällen die niederländischen Erfordernisse, insbesondere die Erfordernisse der Raumordnung, der Landesplanung, des Städtebaues und des Schutzes gegen Fluglärm berücksichtigen. Werden durch eine solche Änderung oder Ergänzung Maßnahmen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande notwendig, so trifft die zuständige niederländische Behörde die nach niederländischem Recht erforderlichen Maßnahmen, soweit das Königreich der Niederlande Einwendungen gegen die Änderung oder die Ergänzung nicht erhoben hat.

(3) Die Vertragsparteien kommen dahin überein, dass auf Wunsch einer Vertragspartei über die Öffnung des niederländischen Luftraums in den Randstunden zwischen 05:00 Uhr und 06:00 Uhr beziehungsweise 23:00 Uhr und 24:00 Uhr, also über die in Artikel 6 Absatz 1 festgelegten Zeiten hinaus, erstmalig 2 Jahre nach Abschluss dieses Vertrages erneut beraten wird.

Artikel 11

Streitbeilegung

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung und die Anwendung dieses Vertrages, die nicht nach den Bestimmungen der Artikel 9 und 10 beigelegt werden kann, wird auf Verlangen einer Vertragspartei einer Schiedskommission zur Schlichtung vorgelegt.

de verstrekkende instantie de ontvanger daarvan op de hoogte. Ongeacht deze termijnen worden de verstrekte gegevens gewist zodra zij niet meer nodig zijn voor het doel waarvoor zij zijn verstrekt.

(6) De verstrekkende en ontvangende instantie zijn verplicht het verzenden en ontvangen van persoonsgegevens te registreren.

(7) De verzendende en ontvangende instantie zijn verplicht de verstrekte gegevens doeltreffend te beschermen tegen toegang, wijziging en bekendmaking door daartoe onbevoegden.

Artikel 9

Gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie

(1) De Verdragsluitende Partijen vormen een gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie die regelmatig en ten minste eenmaal per jaar bijeenkomt. Op verzoek van een Verdragsluitende Partij vinden ook buitengewone bijeenkomsten van de gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie plaats. De gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie stelt een huishoudelijk reglement op.

(2) Elke Verdragsluitende Partij benoemt drie leden die zich kunnen doen bijstaan door derdedeskundigen.

(3) De gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie behandelt iedere kwestie die voortvloeit uit de uitlegging en toepassing van dit Verdrag. Zij ziet toe op de implementatie en naleving van de bepalingen van dit Verdrag en vervult in het bijzonder de haar uit hoofde van dit Verdrag toegewezen taken.

Artikel 10

Consultatie

(1) Elke Verdragsluitende Partij kan te allen tijde verzoeken om overleg teneinde wijzigingen van dit Verdrag te bespreken, nadat de gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie bedoeld in artikel 9 deze heeft besproken. Dit geldt ook voor besprekingen over de uitlegging en toepassing van dit Verdrag, indien een overleg overeenkomstig artikel 9 naar het oordeel van een Verdragsluitende Partij niet tot een bevredigend resultaat heeft geleid. Het overleg begint binnen 30 dagen na ontvangst van het verzoek door de andere Verdragsluitende Partij.

(2) Een vergadering kan op verzoek van een Verdragsluitende Partij ook worden bijeengeroepen wanneer de vergunning voor Luchthaven Niederrhein gewijzigd of aangevuld dient te worden, gevolgen kan hebben voor de ruimtelijke ordening, streekplannen en geluidsoverlast. De Bondsrepubliek Duitsland zal in deze gevallen rekening houden met de Nederlandse eisen, met name ten aanzien van ruimtelijke ordening, streekplannen, stedenbouw en de bescherming tegen geluidsoverlast. Indien door een dergelijke wijziging of aanvulling maatregelen op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden nodig zijn, treft de bevoegde Nederlandse autoriteit de volgens Nederlands recht noodzakelijke maatregelen, indien het Koninkrijk der Nederlanden geen bezwaar heeft aangetekend tegen de wijziging of aanvulling.

(3) De Verdragsluitende Partijen komen overeen dat op verzoek van een Verdragspartij inzake de openstelling van het Nederlandse luchtruim in de randuren tussen 05:00 en 06:00 en tussen 23:00 en 24:00, dus buiten de in artikel 6, eerste lid, vastgestelde tijden, twee jaar na het sluiten van dit Verdrag voor de eerste maal opnieuw zal worden overlegd.

Artikel 11

Oplossing van geschillen

(1) Elk geschil over de uitlegging en toepassing van dit Verdrag dat niet middels het bepaalde in de artikelen 9 en 10 kan worden opgelost, wordt op verzoek van een Verdragsluitende Partij ter beslechting voorgelegd aan een arbitragecommissie.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so nimmt dessen Vertreter die Ernennungen vor. Besitzt auch der Vertreter die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so nimmt sein Vertreter die Ernennung vor.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund bestehender Verträge und des Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend und von den Vertragsparteien zu befolgen. Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr bestellten Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12 **Suspendierung**

(1) Jede der Vertragsparteien kann die Wirkung dieses Vertrages suspendieren, wenn feststeht, dass die andere Vertragspartei ihre Pflichten nach Artikel 1, 6, 7 und 8 in grober Weise verletzt, so dass dadurch eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erfolgt und korrigierende Maßnahmen nicht innerhalb von 15 Tagen nach diesbezüglicher Notifizierung erfolgt sind.

(2) Das Königreich der Niederlande ist im Vorfeld der Feststellung eines Krisen- oder Kriegsfalleres berechtigt, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Flugverkehrskontrolle über niederländischem Hoheitsgebiet durch eine deutsche Stelle stehenden Wirkungen dieses Vertrages zu suspendieren.

(3) Die Anordnung und Aufhebung der Suspendierung erfolgen jeweils auf diplomatischem Wege.

Artikel 13 **Geltungsdauer und Kündigung**

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt der Vertrag zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit durch Vereinbarung zurückgenommen wird.

Artikel 14 **Bestehende Vertragsverhältnisse**

Durch diesen Vertrag werden die bestehenden Vertragsverhältnisse über den Verlauf der Staatsgrenze, die Betriebsvereinbarungen zwischen den zuständigen Flugsicherungsstellen sowie Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und die Rechte der Vertragsparteien in Bezug auf die Errichtung und den Betrieb von Radio- und Telekommunikationssendern nicht berührt. Die beiden Vertragsparteien werden dafür Sorge tragen, dass durch diese Radio- und Telekommunikationssender der Betrieb der für die Flugplätze erforderlichen Flugsicherungsanlagen nicht gestört wird.

(2) Het scheidsgerecht wordt per geval in het leven geroepen, doordat iedere Verdragsluitende Partij een lid benoemt en beide leden overeenstemming bereiken over een onderdaan van een derde staat als voorzitter, die door de regeringen van de Verdragsluitende Partijen wordt benoemd. De leden worden binnen twee maanden benoemd en de voorzitter binnen drie maanden, nadat de ene Verdragsluitende Partij de andere heeft medege-deeld dat zij het geschil wenst voor te leggen aan een scheidsgerecht.

(3) Indien de in het tweede lid genoemde termijnen niet in acht worden genomen, kan bij gebrek aan een andere wijze van overeenstemming elke Verdragsluitende Partij de President van het Internationaal Gerechtshof te Den Haag verzoeken de nodige benoemingen te verrichten. Indien de President onderdaan is van een van de Verdragsluitende Partijen of indien hij om andere redenen verhindert is, verricht zijn vervanger de benoemingen. Indien ook de vervanger onderdaan is van een van de Verdragsluitende Partijen, of eveneens verhindert is, verricht diens vervanger de benoemingen.

(4) Het scheidsgerecht beslist met meerderheid van stemmen op grond van bestaande verdragen en het volkenrecht. Zijn beslissingen zijn bindend en worden door de Verdragsluitende Partijen geëerbiedigd. Elke Verdragsluitende Partij draagt de kosten van de door haar benoemde scheidsmans alsmede van haar vertegenwoordiging in de procedure voor het scheidsgerecht; de kosten van de voorzitter alsmede de overige kosten worden door de Verdragsluitende Partijen gelijkelijk gedragen. Voor het overige stelt het scheidsgerecht zijn eigen procedureregels vast.

Artikel 12 **Opschorting**

(1) Elk van de Verdragsluitende Partijen kan de werking van dit Verdrag opschorten, wanneer vaststaat dat de andere Verdragsluitende Partij haar verplichtingen uit hoofde van de artikelen 1, 6, 7 en 8 op grove wijze verzaakt, waardoor onmiddellijk gevaar voor de openbare orde en veiligheid ontstaat en binnen 15 dagen na de kennisgeving daaromtrent geen corrigerende maatregelen zijn getroffen.

(2) Het Koninkrijk der Nederlanden heeft het recht voorafgaand aan de vaststelling van een crisis- of oorlogssituatie de gevolgen van dit Verdrag in verband met de uitvoering van de luchtverkeersleiding boven Nederlands grondgebied door een Duitse autoriteit op te schorten.

(3) De opschorting en opheffing daarvan geschieden langs diplomatieke weg.

Artikel 13 **Geldigheidsduur en opzegging**

Dit Verdrag wordt gesloten voor onbepaalde tijd. Elke Verdragsluitende Partij kan het langs diplomatieke weg schriftelijk opzeggen. In dat geval treedt het Verdrag twaalf maanden na ontvangst van de kennisgeving door de andere Verdragsluitende Partij buiten werking, indien de opzegging niet voor het verstrijken van deze termijn bij overeenkomst wordt herroepen.

Artikel 14 **Bestaande verdragsverhoudingen**

Dit Verdrag laat bestaande verdragsverhoudingen inzake het verloop van de staatsgrenzen, de exploitatieovereenkomsten tussen de bevoegde ATS-instanties alsmede maatregelen tegen geluidsoverlast en de rechten van de Verdragsluitende Partijen met betrekking tot het plaatsen en functioneren van radio- en telecommunicatiezenders onverlet. Beide Verdragsluitende Partijen zien erop toe dat door deze radio- en telecommunicatiezenders het functioneren van de voor de luchthaven noodzakelijke navigatie-installaties ten behoeve van de luchtverkeersleiding niet wordt verstoord.

Artikel 15**Vereinbarungen über die Einteilung
von Luftraum und Fluglärmszone**

Anlage 1 zur Luftraumplanung und Anlage 2 zu den Fluglärmszonen sind Bestandteil des Vertrages. Änderungen dazu werden durch die Gemeinsame Luftverkehrskommission nach Artikel 9 empfohlen und treten an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Artikel 16**Ratifikation, Inkrafttreten, vorläufige Anwendung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag wird mit Wirkung vom 1. Mai 2003 vorläufig angewendet. Die vorläufige Anwendung wird beendet, wenn eine der Vertragsparteien ihre Absicht erklärt, nicht Vertragspartei zu werden.

Geschehen zu Berlin am 29. April 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 15**Afspraken aangaande
luchtruimindeling en geluidszone**

Bijlage 1 aangaande de indeling van het luchtruim en bijlage 2 aangaande de geluidszone zijn onderdeel van het Verdrag. De in artikel 9 bedoelde gemeenschappelijke luchtverkeerscommissie doet aanbevelingen voor wijzigingen daarvan die in werking treden op de dag waarop de Verdragsluitende Partijen elkaar hebben meegedeeld dat voldaan is aan de hiervoor geldende nationale voorschriften. Doorslaggevend hierbij is de datum van ontvangst van de laatste mededeling.

Artikel 16**Bekrachtiging,
inwerkingtreding en voorlopige toepassing**

(1) Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk te Berlijn uitgewisseld.

(2) Dit Verdrag treedt op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging in werking.

(3) Dit Verdrag wordt met ingang van 1 mei 2003 voorlopig toegepast. De voorlopige toepassing wordt beëindigd indien een van de Verdragsluitende Partijen te kennen geeft geen Partij te willen worden.

Gedaan te Berlijn, op 29 april 2003, in twee oorspronkelijke exemplaren, in de Duitse en de Nederlandse taal, beide teksten zijnde gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Peter Ammon
Ralf Nagel

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

E. V. Sjerp

Anlage 1
zu Artikel 1 Absatz 2 des Vertrages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland
über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen
des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Luftraumplan

Bijlage I
bij artikel 1, tweede lid, van het Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland
boven Nederlands grondgebied alsmede de gevolgen
van het burgergebruik van luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden

Luchtruimindeling

Darstellung der Lufträume über niederländischem Hoheitsgebiet, in denen die Durchführung der Flugverkehrskontrolle der Bundesrepublik Deutschland gestattet wird:

Romin Area:

51 14 46 N 06 04 48 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 05 13 N 06 00 23 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 14 46 N 06 04 48 E

Luftraum E: Untere Begrenzung 2 500 Fuß AMSL
Obere Begrenzung Flugfläche 195

Venlo Area 1:

51 24 00 N 06 13 00 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 14 46 N 06 04 48 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 24 00 N 06 13 00 E

Luftraum E: Untere Begrenzung 1 500 Fuß AMSL
Obere Begrenzung Flugfläche 065*)

Luftraum B: Untere Begrenzung Flugfläche 065*)
Obere Begrenzung Flugfläche 195

Venlo Area 2:

51 42 09 N 06 02 09 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 24 00 N 06 13 00 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 42 09 N 06 02 09 E

Luftraum E: Untere Begrenzung 3 000 Fuß AMSL
Obere Begrenzung Flugfläche 065*)

Luftraum B: Untere Begrenzung Flugfläche 065*)
Obere Begrenzung Flugfläche 195

Beschrijving van de luchtruimen boven Nederlands grondgebied waarin de uitvoering van de luchtverkeersleiding door de Bondsrepubliek Duitsland is toegestaan:

Niederrhein CTR

51 33 15 N 06 10 20 E – 51 33 22 N 06 01 09 E cirkelsegment met als middelpunt 51 31 05 N 05 51 22 E en een straal van 6,5 NM rechte lijn 51 36 44 N 05 56 34 E – 51 39 28 N 05 56 41 E – 51 39 05 N 06 07 00 E langs de Duits-Nederlandse grens naar 51 33 15 N 06 10 20 E

luchtruim C: onderbegrenzing GND
bovenbegrenzing 2 600 ft AMSL.

Romin Area:

51 14 46 N 06 04 48 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 05 13 N 06 00 23 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 51 14 46 N 06 04 48 E

luchtruim E: onderbegrenzing 2 500 ft AMSL
bovenbegrenzing flight level 195

Venlo Area 1:

51 24 00 N 06 13 00 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 15 10 N 05 57 00 E – 51 14 46 N 06 04 48 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 51 24 00 N 06 13 00 E

luchtruim E: onderbegrenzing 1 500 ft AMSL
bovenbegrenzing flight level 065*)

luchtruim B: onderbegrenzing flight level 065*)
bovenbegrenzing flight level 190

*) An Wochenenden (Freitag 17:00 Uhr Ortszeit bis einschließlich Sonntag 24:00 Uhr) und an gesetzlichen Feiertagen in den Niederlanden: Flugfläche 095

*) gedurende weekend (van vrijdag 17:00 LT tot en met zondag 24:00 LT) en tijdens officiële feestdagen: flight level 095

Arkon Area:

52 07 10 N 06 48 28 E – 51 53 45 N 06 36 30 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 52 07 10 N 06 48 28 E

Luftraum A: Untere Begrenzung Flugfläche 75

Obere Begrenzung Flugfläche 205

Niederrhein Kontrollzone (Control Zone/CTR)

51 33 15 N 06 10 20 E – 51 33 22 N 06 01 09 E Zirkelsegment mit Mittelpunkt 51 31 05 N 05 51 22 E und ein Radius von 6,5 NM

Gerade Linie von 51 36 44 N 05 56 34 E – 51 39 28 N 05 56 41 E via 51 39 05 N 06 07 00 E entlang der deutsch-niederländischen Grenze bis 51 33 15 N 06 10 20 E

Luftraum C: Untere Begrenzung GND

Obere Begrenzung 2 600 Fuß AMSL

Venlo Area 2:

51 42 09 N 06 02 09 E – 51 20 00 N 06 02 09 E – 51 24 00 N 06 13 00 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 51 42 09 N 06 02 09 E

luchtruim E: onderbegrenzing 3 000 ft AMSL

bovenbegrenzing flight level 065*)

luchtruim B: onderbegrenzing flight level 065*)

bovenbegrenzing flight level 195

Arkon Area

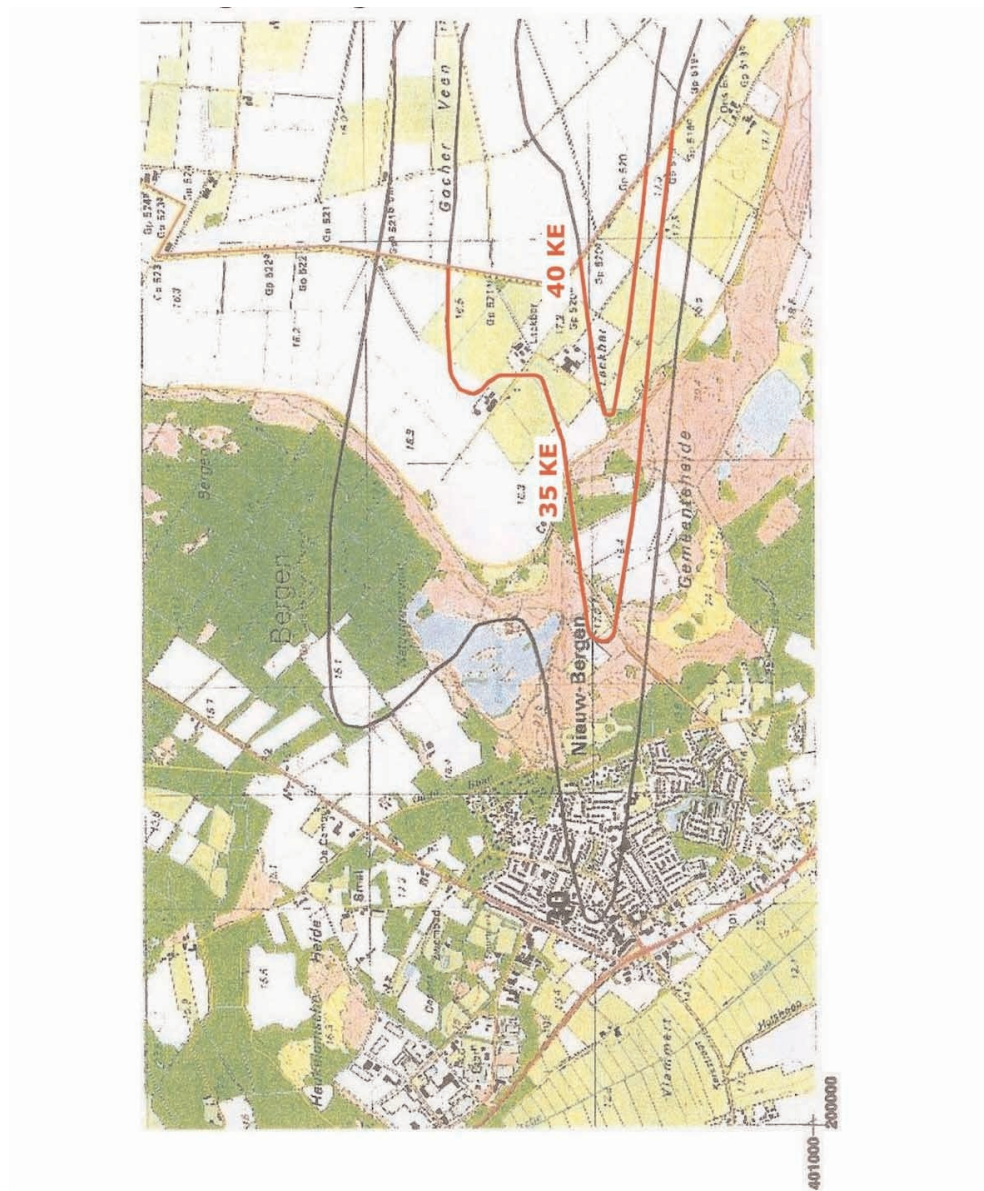
52 07 10 N 06 48 28 E – 51 53 45 N 06 36 30 E langs de Duits-Nederlandse grens tot 52 07 10 N 06 48 28 E

luchtruim A: onderbegrenzing flight level 75

bovenbegrenzing flight level 205

Anlage 2
zu Artikel 7 Absatz 1 des Vertrages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Bijlage 2
bij artikel 7, eerste lid, van het Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland boven Nederlands grondgebied
alsmede de gevolgen van het burgergebruik van luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden



Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle
durch die Bundesrepublik Deutschland über niederländischem Hoheitsgebiet
und die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein
auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande

Protocol
bij het Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de uitoefening van de luchtverkeersleiding
door de Bondsrepubliek Duitsland boven Nederlands grondgebied
alsmede de gevolgen van het burgergebruik van Luchthaven Niederrhein
op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden

Vertragsbezogene Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 des Staatsvertrags und Einvernehmliche Erklärung zum Umweltschutz

1. Vertragsbezogene Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 des Staatsvertrags

- a) Aus verfassungsrechtlichen Gründen kann die Bundesregierung die vorläufige Anwendung dieses Vertrages nur vorbehaltlich der Kompetenzen des innerstaatlichen Gesetzgebers völkervertraglich begründen.
- b) Die Bundesregierung erklärt, dass sie auch nach der bestehenden Gesetzeslage in der Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages die ihr in dem Vertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen wird.
- c) Die Bundesregierung leitet ein beschleunigtes Ratifizierungsverfahren ein.

2. Erklärung zum Umweltschutz

Um dem Anliegen des Königreichs der Niederlande, dem Umwelt-, Anwohner- und Naturschutz in der betroffenen Region im Zusammenhang mit der Aufnahme des Flugbetriebes am Flughafen Niederrhein hohe Priorität einzuräumen, vereinbarten die Delegationsleiter am 17. Februar 2003 die als Anlage 1 beigefügte Einvernehmliche Erklärung zum Umweltschutz. Damit wurde dem Wunsche nach Beachtung aller diesbezüglichen Rechtsakte Rechnung getragen.

Vertragsgerelateerde verklaring van de Bondsrepubliek Duitsland inzake artikel 16, derde lid, eerste volzin, van het Verdrag en gezamenlijke verklaring inzake milieubescherming

1. Vertragsgerelateerde verklaring van Duitsland bij artikel 16, derde lid, eerste volzin, van het Verdrag

- a. Op constitutionele gronden kan de Bondsregering dit Verdrag slechts onder voorbehoud van de bevoegdheden van de nationale wetgever verdragsrechtelijk voorlopig toepassen.
- b. De Bondsregering verklaart dat zij ook overeenkomstig de bestaande wettelijke situatie in het tijdvak tot aan de inwerkingtreding van het Verdrag de haar in het Verdrag opgedragen verplichtingen zal nakomen.
- c. De Bondsregering stelt een versnelde bekrachtigingsprocedure in.

2. Verklaring inzake milieubescherming

Naar aanleiding van het verzoek van het Koninkrijk der Nederlanden hoge prioriteit te verlenen aan de bescherming van het milieu, de omwonenden en de natuur in de betrokken regio vanwege de ingebruikname van Luchthaven Niederrhein, hebben de delegatieleiders op 17 februari 2003 overeenstemming bereikt over de als Bijlage 1 bijgevoegde gezamenlijke verklaring inzake milieubescherming. Daarmee werd voldaan aan de wens tot naleving van alle rechtshandelingen daaromtrent.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Peter Ammon
Ralf Nagel

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

E. V. Sjerp

**Anlage 1
Bijlage 1****Einvernehmliche Erklärung zum Umweltschutz
Gezamenlijke verklaring inzake milieubescherming**

Die deutsche Delegation versichert, dass sie in gleicher Weise wie die niederländische Seite dem Umwelt-, Anwohner- und Naturschutz in der betroffenen Region im Zusammenhang mit der Aufnahme des Flugbetriebs am Flughafen Niederrhein (Weeze-Laarbruch) hohe Priorität einräumt und weiterhin auf Beachtung aller diesbezüglichen Rechtsakte Wert legen wird.

Die Genehmigung wurde erteilt aufgrund der gutachterlichen Stellungnahme zur FFH-Erheblichkeit einer Umnutzung des Militärflughafens Weeze-Laarbruch (Froelich & Sporbeck, August 1999). Eine Aktualisierung der FFH-Erheblichkeitsabschätzung zur Konversion des Militärflugplatzes Weeze-Laarbruch (Froelich & Sporbeck) erfolgte am 10. Juli 2002. Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die im Rahmen der niederländischen Flora-Fauna-Habitat-Berichtserstattung an die Europäische Union stattfindenden Untersuchungen (monitoring) im Gebiet des Nationalparks „Maasduinen“ bezüglich der Auswirkungen des Flugbetriebes durch den Flughafen Niederrhein (Weeze-Laarbruch). Die Bundesrepublik Deutschland wird Folgeuntersuchungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer Möglichkeiten unterstützen und die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen.

Sollten in Zukunft entgegen allen bisher bekannten Tatsachen und Feststellungen wesentliche nachteilige Auswirkungen des Flugbetriebs auf dem Flughafen Niederrhein innerhalb der „Maasduinen“ nachgewiesen werden, z. B. beim „Monitoring“, sollte dies der nach Artikel 9 einzurichtenden Gemeinsamen Luftverkehrskommission berichtet werden. Diese Kommission sollte nach Wertung der Berichte und ggf. unter Hinzuziehung ergänzender fachkundiger Beratung zur Frage des weiteren Vorgehens Empfehlungen hinsichtlich etwaiger Ersatz- oder Kompensationsmaßnahmen im Nationalpark „Maasduinen“ vorschlagen. Die deutsche Seite wird Verfahrensergebnisse, soweit sie für die Genehmigung von Belang sind, in das Genehmigungsverfahren einbringen, gegebenenfalls bis zu einer Teilrücknahme oder Aufhebung der Genehmigung.

De Duitse delegatie verzekert dat zij op dezelfde wijze als de Nederlandse zijde hoge prioriteit zal verlenen aan de bescherming van het milieu, de omwonenden en de natuur in de betrokken regio in verband met de ingebruikneming van Luchthaven Niederrhein (Weeze-Laarbruch) en waarde zal blijven hechten aan de naleving van alle rechtshandelingen daaromtrent.

De vergunning is afgegeven op grond van de beoordeling door deskundigen van het rapport FFH-Erheblichkeit einer Umnutzung des Militärflughafens Weeze-Laarbruch (Froelich&Sporbeck, augustus 1999). Dit werd op 10 juli 2002 geactualiseerd door het rapport FFH-Erheblichkeitsabschätzung zur Konversion des Militärflugplatzes Weeze-Laarbruch (Froelich&Sporbeck). De Bondsrepubliek Duitsland volgt met grote belangstelling de Nederlandse rapportages aan de Europese Unie in het kader van het Flora-Fauna-Habitatonderzoek (monitoring) in het nationaal park Maasduinen naar de gevolgen van het luchtverkeer vanaf en naar Luchthaven Niederrhein (Weeze-Laarbruch). De Bondsrepubliek Duitsland zal vervolgonderzoek binnen haarbevoegdigheden en mogelijkheden ondersteunen en kennis nemen van de uitkomsten.

Mochten er in weerwil van alle momenteel bekende feiten en conclusies in de toekomst in het nationaal park Maasduinen wezenlijke, schadelijke gevolgen van het vliegverkeer van en naar Luchthaven Niederrhein worden vastgesteld, bijvoorbeeld bij monitoring, dient dit aan een in overeenstemming met artikel 9 in te stellen gemeenschappelijke luchtvaartcommissie te worden gemeld. Na beoordeling van deze meldingen en eventueel na inwinning van aanvullend deskundig advies inzake de verdere aanpak, dient deze commissie voorstellen te doen voor eventuele maatregelen in het nationaal park Maasduinen ten behoeve van vervanging of schadeloosstelling. De Duitse zijde zal de resultaten van procedures, voorzover deze van belang zijn voor de vergunning, inbrengen in de vergunningsprocedure, eventueel leidend tot gedeeltelijke of volledige intrekking van de vergunning.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Flugverkehrskontrolle wird in Deutschland grundsätzlich von einem nach Artikel 87d Abs. 1 GG beauftragten Flugsicherungsunternehmen auf deutschem Hoheitsgebiet durchgeführt.

Im Bereich grenznaher Flughäfen ist es aufgrund der geographischen Gegebenheiten in Europa unter Umständen erforderlich, dass die Flugverkehrskontrolle in einem Teil eines Nachbarstaates durchgeführt werden muss. Für den Bereich um den Flughafen Niederrhein ist es im Hinblick auf den An- und Abflugverkehr von und zum Flughafen Niederrhein erforderlich, dass die Durchführung der Flugverkehrskontrolle in einem Teil des niederländischen Luftraumes durchgeführt wird, um die Einheitlichkeit und damit auch die Sicherheit dieses Luftverkehrs zu gewährleisten. Diese Durchführung bedarf der vertraglichen Grundlage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande.

Das betreffende Gebiet wird in einem beigefügten Luftraumplan (Anlage 1 des Vertrages) präzisiert. Spezielle Durchführungsvereinbarungen werden in einer Betriebsabsprache vereinbart. Sowohl der Luftraumplan als auch die Betriebsabsprache können durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bei konkretem Bedarf in Abstimmung mit dem Königreich der Niederlande angepasst werden, ebenso die Fluglärmmzonen, die in den Vertrag zum Schutz der niederländischen und deutschen Bevölkerung aufgenommen worden sind (Anlage 2 des Vertrages).

Der Vertrag gliedert sich in drei Kapitel, welche die Flugverkehrskontrolle, die Auswirkungen des zivilen Betriebes des Flughafens Niederrhein auf niederländischem Hoheitsgebiet und die übrigen Bestimmungen betreffen.

II. Besonderes

Artikel 1 gestattet dem Flugsicherungsunternehmen die Vornahme der Flugverkehrskontrolle in dem durch den Luftraumplan näher präzisierten niederländischen Hoheitsgebiet unter der Voraussetzung, dass sie nach der Maßgabe des niederländischen Rechts erfolgt.

Artikel 2 regelt für den Fall militärischer Schutzflüge den Vorrang der niederländischen Luftwaffe und der NATO in dem betroffenen Luftraum.

Artikel 3 regelt die Einzelheiten der Haftung für Schadensfälle auf niederländischem Hoheitsgebiet durch Maßnahmen auf der Grundlage des Vertrages, wonach das Königreich der Niederlande die Bundesrepublik Deutschland in Regress nehmen kann.

Artikel 4 legt die gegenseitige Informationspflicht im Rahmen der Amts- und Rechtshilfe fest und bestimmt, dass die Bediensteten der Deutschen Flugsicherungsstelle weiterhin deutschem Recht unterworfen bleiben.

Artikel 5 verpflichtet zur Unterrichtung und Zugangsgewährung der niederländischen Flugunfalluntersuchungsstelle zu der deutschen Flugsicherungsstelle.

Artikel 6 legt die Grundbedingungen für den An- und Abflugverkehr vom und zum Flughafen Niederrhein über

niederländischem Hoheitsgebiet fest. Kernelemente sind die Nachtflugbeschränkungen zwischen 23:00 Uhr und 06:00 Uhr sowie ein Verbot von Platzrundenflügen nach Sichtflugregeln und Übungsanflügen über niederländischem Hoheitsgebiet.

Artikel 7 beinhaltet die nach den niederländischen Berechnungsmethoden ermittelten Fluglärmmkonturen sowie die Verpflichtung der für den Flughafen Niederrhein zuständigen Luftfahrtbehörde, die Rechtsvorschriften für den Schutz der Umwelt und der Gewährleistung der Sicherheit einzuhalten. Darüber hinaus wird die Einrichtung einer Fluglärmmmission vereinbart sowie die Verfahren für den Fall des Überschreitens der definierten maximalen Lärmemission. Des Weiteren wird die Anbringung und Unterhaltung von Hinderniskennzeichnungen sowie die Einhaltung der Hindernisfreiheit für den zivilen Flugbetrieb festgeschrieben.

Artikel 8 regelt den Schutz personenbezogener Daten.

Artikel 9 regelt die Einrichtung der gemeinsamen Luftverkehrskommission der Vertragsstaaten. Deren Aufgabe ist es, durch regelmäßigen Meinungsaustausch die Durchführung des Vertrages beratend zu begleiten und mögliche Konflikte im Vorfeld auszuräumen.

Die Artikel 10 und 11 befassen sich mit der Konsultation zur Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich der Möglichkeit zur Anrufung eines Schiedsgerichts.

Artikel 12 regelt die Möglichkeit der Suspendierung der Wirkung des Vertrages bei gravierenden Verstößen gegen den Vertrag.

Artikel 13 regelt die Kündigung und Geltungsdauer des Vertrages, der auf unbestimmte Zeit geschlossen wird.

Artikel 14 stellt fest, dass bestehende Vertragsverhältnisse über den Verlauf der Staatsgrenze, die Betriebsvereinbarung zwischen den zuständigen Flugsicherungsstellen sowie Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und die Rechte der Vertragsparteien in Bezug auf Einrichtung und Betrieb von Flugsendeanlagen durch den Vertrag nicht berührt werden.

Artikel 15 legt fest, dass die Anlagen 1 und 2 zum Vertrag Bestandteil des Vertrages sind und Änderungen dieser Anlagen von der Luftverkehrskommission empfohlen werden können.

Artikel 16 beinhaltet die Ratifikations- und Inkraftretensklausel. Der Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Des Weiteren regelt Artikel 16 die vorläufige Anwendung des Vertrages nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts bis zu seinem Inkrafttreten, um eine sofortige Inbetriebnahme des Flughafens Niederrhein nach Unterzeichnung zu ermöglichen.

Anlage 1 des Vertrages stellt an Hand von Koordinaten die Lufträume über niederländischem Hoheitsgebiet, in denen die Durchführung der Flugverkehrskontrolle der Bundesrepublik Deutschland gestattet wird, dar (sog. Luftraumplan). Anlage 2 stellt die Fluglärmmzonen kartographisch dar.

Das Protokoll zum Vertrag beinhaltet eine vertragsbezogene Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur vorläufigen Anwendung des Vertrages; die Bundesregierung kann aus verfassungsrechtlichen Gründen die vorläufige Anwendung des Vertrages nur vorbehaltlich der Kompetenzen des innerstaatlichen Gesetzgebers völkerrechtlich begründen, sie wird auch nach der bestehenden

Gesetzeslage in der Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages die ihr in dem Vertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen und ein beschleunigtes Ratifizierungsverfahren einleiten. Des Weiteren beinhaltet das Protokoll eine einvernehmliche Erklärung beider Vertragsparteien zum Umweltschutz.